

«Spitalrat hat eine Chance verpasst»

GESUNDHEIT Für die Mehrheit des Kantonsrats ist klar: Die Regierung muss das Gesundheitswesen konkreter planen. Und das Parlament ist unzufrieden mit dem Spitalrat.

YASMIN KUNZ UND LUKAS NUSSBAUMER
kanton@luzernerzeitung.ch

Die Regierung muss in der Gesundheitspolitik «konkreter auf kommende Herausforderungen eingehen» – und sie muss bei der Planung die Nachbarkantone Aargau und Bern vermehrt einbe-



ziehen». Diese Anträge, gestellt von der Gesundheitskommission, hat das Parlament gestern Nachmittag fast einstimmig gutgeheissen.

Den 133-seitigen Planungsbericht über die Gesundheitsversorgung im Kanton Luzern nahm der Kantonsrat nach zweieinhalbstündiger Debatte mit 63 zu 48 Stimmen zustimmend zur Kenntnis. Ein Rückweisungsantrag der

SP-Fraktion scheiterte mit 96 gegen 16 Stimmen klar. SP-Sprecherin Yvonne Zemp Baumgartner (Sursee) drang mit ihrer Ansicht, die zweite Hälfte des Planungsberichts sei «oberflächlich und zu knapp ausgefallen», nicht durch. Genauso wenig mit der Aussage, sie vermisse in Bezug auf die künftigen Herausforderungen eine klare Positionierung der Regierung.

Guido Graf: «Wir packen das an»

Kritik übte das Parlament nicht nur an der fehlenden Weitsicht der Regierung bei der Planung der Gesundheitsversorgung, sondern auch an der Kommunikation. So erfuhren die Kantonsräte aus unserer Zeitung, dass der Neubau des Kinderspitals bis zu zehn Jahre später, als im letzten Planungsbericht aus dem Jahre 2005 festgehalten war, realisiert wird. Auch die dreijährige Verschiebung des Bezugstermins für das neue Spital Wolhusen auf frühestens 2022 wurde dem Parlament nicht kommuniziert beziehungsweise durch unsere Zeitung offengelegt. Gesundheitsdirektor Guido Graf (CVP) akzeptierte diese Kritik: «Bei der Kommunikation gibt es in der Tat Verbesserungspotenzial. Wir werden das zusammen mit den Spitalern anpacken.»

Von Verbesserungspotenzial sprach auch Urs Dickerhof (SVP, Emmen). Der Präsident der Gesundheitskommission schickte seine Kritik jedoch an die Adresse des Spitalrats, der über die Zeitverschiebungen hätte informieren sol-



«Bei der Kommunikation gibt es Verbesserungspotenzial.»

GUIDO GRAF, LUZERNER
GESUNDHEITSDIREKTOR



«Die zweite Hälfte des Planungsberichts ist oberflächlich und zu knapp.»

YVONNE ZEMP BAUMGARTNER,
SP-KANTONSRÄTIN, SURSEE

len. Dickerhof: «Der Spitalrat hat eine Chance verpasst und hat es nicht geschafft, bei den Mitgliedern der Kommission für Vertrauen zu sorgen.»

Gewinnabschöpfung bleibt

Trotz der Kommunikationsdefizite wird das Parlament künftig nicht schneller mit Planungsberichten zur Gesundheitsversorgung bedient. Der Kantonsrat lehnte einen Antrag von Yvonne Zemp Baumgartner (SP, Sursee), den Turnus von acht auf sechs Jahre zu senken, mit 86 zu 20 Stimmen deutlich ab.

Chancenlos blieben auch weitere Anträge der SP. So jener, dass die Regierung künftig nicht mehr als 4 Prozent vom Dotationskapital des Luzerner Kantons-spitals abschöpfen darf. In den Jahren 2015 und 2016 bedient sich die Regierung mit 5 Prozent – trotz der Festsetzung von 4 Prozent in der Eignerstrategie. Unterstützung erhielten die Sozialdemokraten in diesem Punkt immerhin von Grünen und Grünliberalen. Michael Töngi (Grüne, Kriens) bezeichnete es als «widersinnig, dass dem Kantons-spital Geld entzogen wird». Ausserdem sei eine Abschöpfung von 4 Prozent angesichts des heutigen Zinsniveaus bereits «viel».

Ins gleiche Horn stiess GLP-Sprecherin Claudia Huser Barmettler (Luzern). Trotz der Unterstützung von Grünen und GLP brachte es der SP-Antrag nur auf 27 Stimmen. 84 Kantonsräte verwarfen das Anliegen.

Nichts hielt die Mehrheit des Kantonsrats auch davon, zwei Vorstösse der Sozialdemokraten dringlich, also in der gleichen Session, zu behandeln.

SVP: «Spitalleitung war unsensibel»

Während Hans Lipp (Flühli) und Angela Pfäffli (Grosswangen), die Sprecher von CVP und FDP, dem Gesundheitsbericht der Regierung auffällig oft Lob verteilten, sprach SVP-Redner Räto Camenisch (Kriens) mahnende Worte. Das Planwerk sei «als Richtschnur nur bedingt geeignet», bei der Bewältigung des Hausärztemangels bleibe «ein mulmiges Gefühl zurück», das mehr als 20 Jahre alte Psychiatrie-Leitbild müsse «endlich überarbeitet werden», und es brauche eine «klarere und detailliertere Aussicht der Regierung auf die finanzielle Zukunft des Spitals».

Unzufrieden zeigte sich der frühere Hausarzt Camenisch auch über die Spitalleitung. Diese entschied, Knutwiler Mineralwasser durch Hennie zu ersetzen (Ausgabe von gestern). Das war laut Camenisch «unsensibel».

Insgesamt gab es 22 Anträge, den Planungsbericht anzupassen, 6 wurden gutgeheissen. Der nächste Bericht zur Gesundheitsversorgung wird frühestens 2023 veröffentlicht. Er dürfte noch ausführlicher werden als der aktuelle. Grund: Die Regierung muss darin im Auftrag der Gesundheitskommission neu auch den Stand der Alternativmedizin abbilden.